



Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2025

Kurzfassung



Albrecht Lüter
Dana Breidscheid
Willi Imhof
Sarah Riese

Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2025

Kurzfassung



Albrecht Lüter

Dana Breidscheid

Willi Imhof

Sarah Riese

Berliner Forum Gewaltprävention

Berlin 2026

Nr. 83

Inhaltsverzeichnis

Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2025

Gewalt und Gewaltprävention in Berlin: Methodische Einführung zu den Befunden	5
Urbane Gewalt in Berlin	6
Jugendgewaltdelinquenz	8
Gewalt an Schulen	10
Missbrauch von Minderjährigen und Kindeswohlgefährdung	12
Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen	12
Politisch motivierte Kriminalität und Hassgewalt	14
Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes	17
Verzeichnisse	19

Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2023

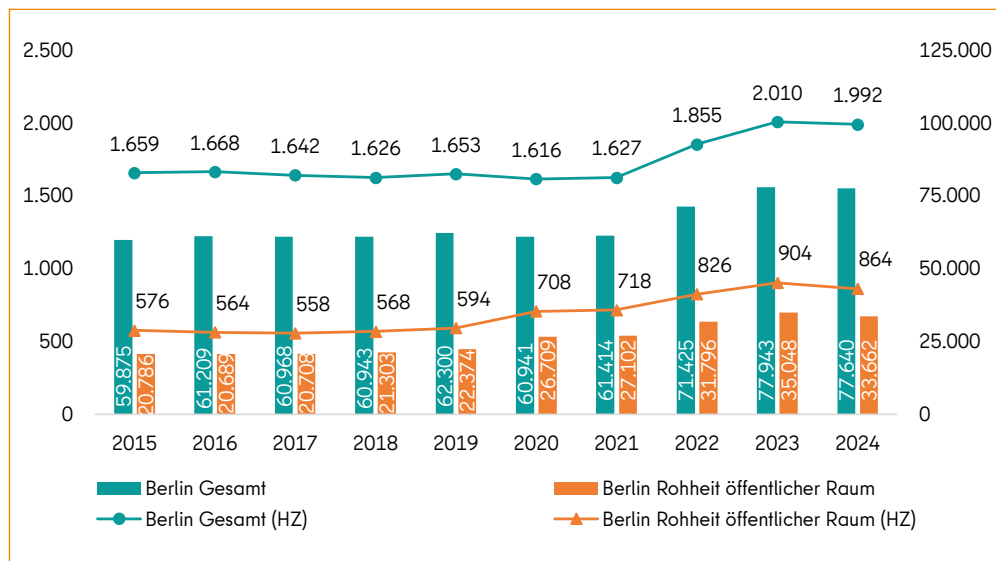
Gewalt und Gewaltprävention in Berlin: Methodische Einführung zu den Befunden

- Das Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz berichtet in zweijähriger Folge über unterschiedliche Gewaltphänomene in Berlin. Es verfolgt damit verschiedene Leitziele. Erstens zielt es auf die Schaffung daten- und evidenzbasierter Grundlagen für die Gewaltprävention in Berlin. Zweitens zielt es auf die Verankerung sozialraumorientierter Zugänge in der Gewaltprävention. Belastungsschwerpunkte und örtliche Ausprägungen von Gewalt sollen identifiziert werden, um passgenaue Antworten zu entwickeln. Drittens zielt das Monitoring angesichts dynamischer Wandlungsprozesse auf fortlaufend aktualisierte Informationen. Zugleich werden jeweils mehrjährige Datenreihen präsentiert, um aktuelle Vorkommnisse in längere Zeithorizonte einzuordnen.
- Befunde und Daten des Monitorings Gewaltdelinquenz werden in unterschiedlichen Formen bereitgestellt. Das Monitoring erscheint als Broschüre im Rahmen der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention. Diese Broschüre berichtet über Erscheinungsformen von Gewalt in Berlin und greift dabei auch auf Vergleiche zwischen den Bezirken zurück. In digitaler Form werden zudem für alle 12 Bezirke Bezirksprofile bereitgestellt, die kleinräumige Darstellungen beinhalten. Daten und Schlüsselindikatoren zur Gewaltbelastung Berlins, der Bezirke, der Bezirksregionen sowie aller Berliner Planungsräume werden zudem in einer Datendatei zur eigenständigen Verwendung bereitgestellt. Im Berliner Geodatenportal (<https://gdi.berlin.de/viewer/main/>) finden sich unter dem Stichwort „Monitoring Gewaltdelinquenz“ sozialräumlich aufgeschlüsselte Indikatoren zur Gewaltbelastung.
- Zu den wichtigsten Kennzahlen und Indikatoren gehören Häufigkeitszahlen, abgekürzt HZ. Dieser Kennwert beschreibt die Zahl der Fälle innerhalb eines Gebiets, berechnet auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner.¹ Die Häufigkeitszahl eröffnet Vergleichsmöglichkeiten auch zwischen Gebieten mit sehr unterschiedlicher Bevölkerungszahl. Zudem werden zentrale Informationen in zwei Indikatoren zusammengefasst: dem Status- und dem Dynamikindikator. Der Statusindikator zur Gewaltbelastung ordnet Räume jeweils einer von vier Belastungsgruppen zu: niedrig, mittel, erhöht und stark erhöht. Der Dynamikindikator beschreibt die Entwicklung räumlicher Einheiten im Zeitverlauf. Unterschieden werden jeweils eine negative, eine stabile und eine positive Dynamik. Besondere Aufmerksamkeitsbedarfe bestehen dort, wo erhöhte Belastungen (Statusindikator) sich mit negativen Dynamiken überlagern. Entsprechende Räume sollten in bezirklichen Präventionsstrategien besonders berücksichtigt werden.
- Grundlage der Berichterstattung sind polizeiliche Daten, welche durch Daten aus der Zivilgesellschaft, wissenschaftlichen Erhebungen, von Beratungsstellen oder sozialen Diensten ergänzt werden. Damit wird eine multiperspektivische Berichterstattung gewährleistet. Die Reichweiten und Grenzen der jeweiligen Daten gilt es zu berücksichtigen. So bildet die polizeiliche Perspektive das sogenannte Hellfeld von Gewalt und Kriminalität ab. Es umfasst Fälle, die zur Anzeige gebracht wurden und polizeilich bekannt sind. Dieses Hellfeld bildet einen Ausschnitt des Gesamtgeschehens ab. Aufgrund von Unterschieden der Anzeigebereitschaft oder der polizeilichen Kontrolldichte kann der Umfang des Hellfeldes variieren.

¹ Für die regionalisierte Auswertung werden insbesondere Daten der Polizeilichen Verlaufsstatistik (DWH-FI) verwendet. Da das DWH-FI stets den tagesaktuellen Stand der im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) erfassten Daten widerspiegelt, können unterschiedliche Abfragezeitpunkte bei der Auswertung zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen. Die Verlaufsstatistik ist von der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu unterscheiden, die jeweils zum Jahresende für das gesamte Stadtgebiet von Berlin ohne Regionalisierung erstellt und veröffentlicht wird.

Urbane Gewalt in Berlin

Abbildung 1: Entwicklung von Rohheitsdelikten mit Tatverdächtigen aller Altersgruppen (Fälle und Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2025), eigene Berechnungen.

Die Gewaltbelastung in Berlin ist seit Ende der Pandemie anhaltend erhöht, insbesondere in Bezirken mit Publikumsverkehr. Die Anstiege setzen sich nach einer Spitze im Jahr 2023 aber aktuell nicht fort.

- Die altersübergreifende Gewaltbelastung (Rohheitsdelikte) steigt 2022 und 2023 deutlich an und liegt auch 2024 auf anhaltend erhöhtem Niveau. Der Zuwachs setzt sich 2024 bemerkenswerterweise allerdings nicht fort.
- Die Bezirke weisen unterschiedlich hohe Gewaltbelastungen auf. Es zeigt sich eine große Stabilität der Reihenfolge: Der Bezirk Mitte hat durchgehend die höchste Gewaltbelastung, Friedrichshain-Kreuzberg weist ab 2023 einen deutlichen Anstieg auf. In beiden Bezirken gibt es Regionen mit hohem Publikumsverkehr und einer intensiven Nutzung des öffentlichen Raums.
- Bezirksregionen mit hoher Gewaltbelastung gibt es in elf, also fast allen Bezirken. In der höchstbelasteten Kategorie finden sich vor allem innenstädtische Ausgeviertel.

Gewalt in Berlin ist stark maskulinisiert und wird häufig von über 30-Jährigen verübt.

- Über 80 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen von Rohheitsdelikten sind männlich.
- Der Anteil ermittelter Tatverdächtiger zwischen 21 und 30 Jahren ist rückläufig. Ein Anstieg wird für die Altersgruppe der über 30-Jährigen verzeichnet.
- Parallel zur Veränderung der demografischen Struktur Berlins steigt auch der Anteil von Fällen mit Täterinnen und Tätern ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

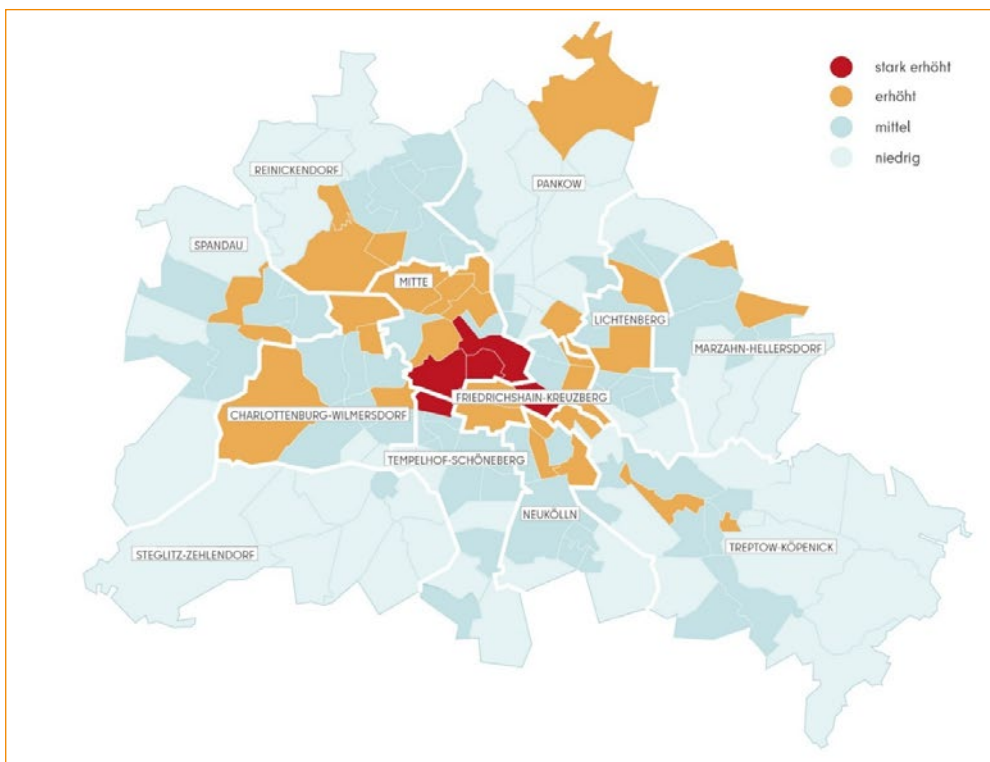
Körperverletzungen sind eine verbreitete Deliktgruppe, besonders deutlich sind Delikte gegen die persönliche Freiheit angestiegen.

- Der nachpandemische Anstieg von Körperverletzungen, der 2022 einsetzte, setzt sich derzeit noch fort.
- Anstiege finden sich jenseits körperbezogener Gewalt aber vor allem bei Delikten gegen die persönliche Freiheit wie Nachstellungen, Bedrohungen und Nötigungen.
- Im digitalen Kontext werden Rohheitsdelikte vor allem in Form von Bedrohungen begangen – seit 2021 zeigt sich hier ein stark erhöhtes Fallaufkommen.

Der öffentliche Raum gewinnt als Tatort an Bedeutung. Eine erhöhte Sichtbarkeit von Gewaltvorkommnissen erhöht deren Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden.

- Nach einem Anstieg im Jahr 2020 liegt der Anteil von Rohheitsdelikten im öffentlichen Raum bei zuletzt über 43 Prozent.
- Auch Rohheitsdelikte im ÖPNV sind zuletzt auf erhöhtem Niveau. Einen Höchstwert erreichten sie im Jahr 2023.
- Menschen mit Behinderung oder die von Obdachlosigkeit betroffen sind, werden verstärkt als Opfer von Gewalt erfasst.

Abbildung 2: Gewaltbelastung in Berlin nach Bezirksregionen, Durchschnitt 2022 – 2024 (Häufigkeitszahlen)



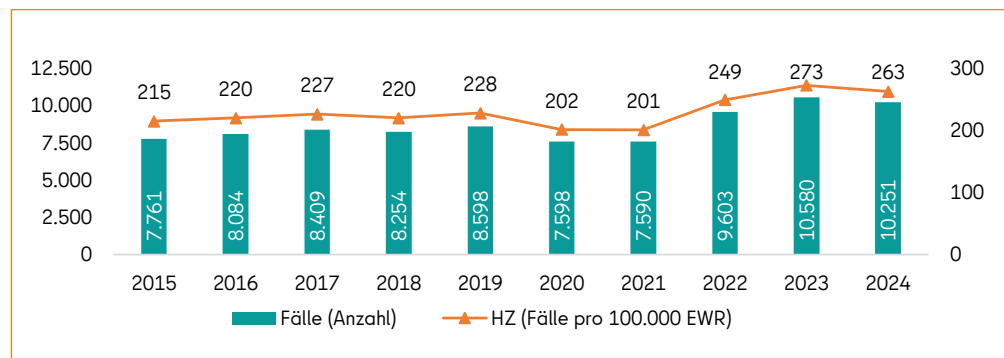
Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2025), eigene Berechnungen.

Jugendgewaltdelinquenz

Seit der Pandemie und den Silvesterereignissen 2022 wird Jugendgewaltdelinquenz öffentlich stärker wahrgenommen. Die Gipfel gegen Jugendgewalt haben entsprechende Maßnahmenkataloge entwickelt. Derzeit setzen sich diese nachpandemischen Anstiege in Berlin allerdings nicht mehr weiter fort.

- Jugenddelinquenz – also Straftaten insgesamt – entwickelte sich in Berlin in den letzten zehn Jahren kontinuierlich rückläufig und ist 2024 auf einem Tiefpunkt.
- Ausgangsbeschränkungen und Einschränkungen des Schulbetriebs haben in den Pandemiejahren auch zu Rückgängen der Jugendgewaltdelinquenz geführt.
- In den Jahren 2022 und 2023 ist Jugendgewaltdelinquenz aber deutlich angestiegen – sogar über das vorpandemische Niveau hinaus.
- In Berlin geht im Jahr 2024 die Jugendgewaltdelinquenz wieder leicht zurück. Im Bundesgebiet werden demgegenüber weiter Anstiege verzeichnet.

Abbildung 3: Entwicklung von Rohheitsdelikten mit Tatverdächtigen im Alter von 8 bis unter 21 Jahren (Fälle und Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2025), eigene Berechnungen.

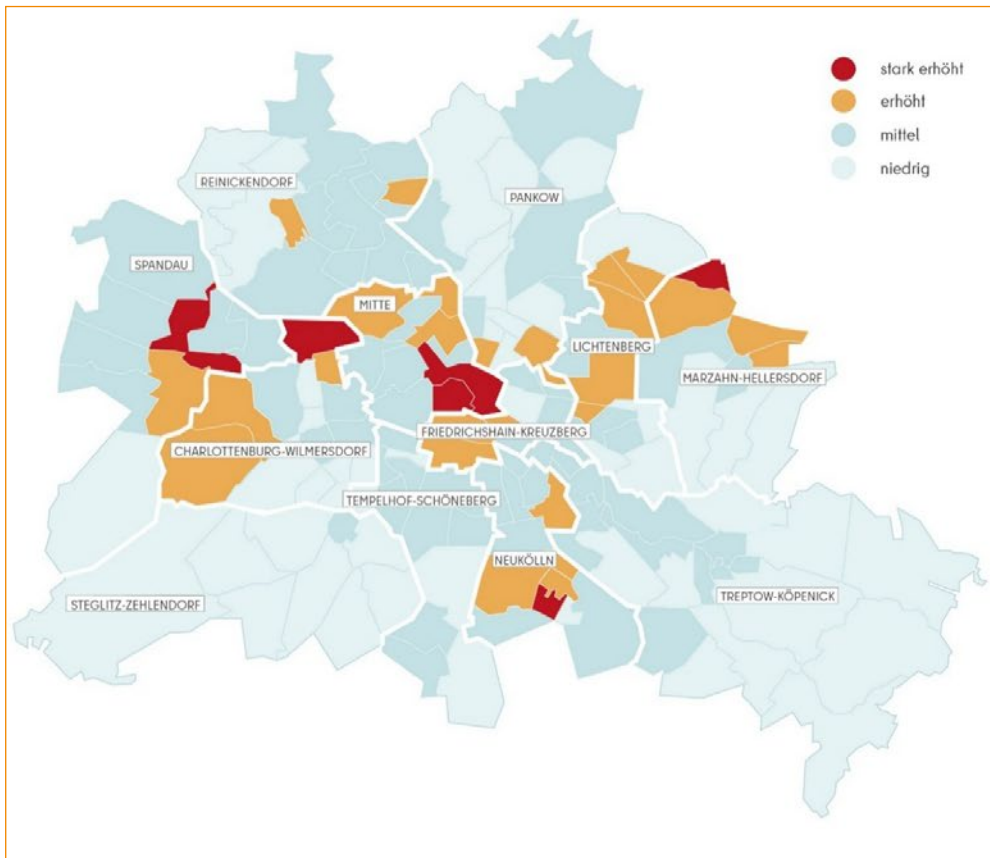
Weiterhin sind bei Jugendgewaltdelinquenz insbesondere männliche Jugendliche auffällig. Gleichzeitig nimmt der Anteil von Kindern sowie – auf niedrigem Niveau – weiblicher Tatverdächtiger zu.

- Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren sind im Vergleich zu Kindern und jungen Heranwachsenden anhaltend an deutlich mehr Gewaltvorfällen beteiligt.
- Der Anteil der Kinder am Aufkommen von Jugendgewaltdelinquenz ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich angestiegen – von 17,8 Prozent im Jahr 2015 auf 27,9 Prozent im Jahr 2024. Vor allem hinsichtlich älterer Kinder (12 bis 14 Jahre) besteht erhöhter Aufmerksamkeitsbedarf.
- Männliche Jugendliche werden im Vergleich zu Mädchen erheblich häufiger als Tatverdächtige für Jugendgewaltdelinquenz auffällig, 2024 in 80 Prozent aller Fälle.
- Seit der Pandemie zeichnet sich gegenüber den Vorjahren zugleich ein steigender Anteil von Mädchen an den Tatverdächtigen für Jugendgewaltdelinquenz ab.
- Im Pandemiejahr 2021 lag der Anteil von Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf einem Zehnjahresminimum, nach der Pandemie ist er deutlich und kontinuierlich angestiegen.

Erhöhte Belastungen mit Jugendgewaltdelinquenz zeigen sich sowohl in Gegenden mit viel Publikumsverkehr als auch in Wohnquartieren. Es handelt sich sowohl um Gebiete der inneren Stadt als auch um Regionen in Außenbezirken.

- Ein erhöhtes Aufkommen von Jugendgewaltdelinquenz findet sich in innerstädtischen Bezirken wie Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. Es findet sich ebenso in Regionen der äußeren Stadt in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg oder Spandau. Hinsichtlich dieser räumlichen Verteilung zeigen sich im Zeitverlauf kaum Veränderungen.
- In 6 von 143 Bezirksregionen finden sich sehr stark erhöhte Belastungen mit Jugendgewaltdelinquenz. Dabei handelt es sich um Gegenden mit viel Publikumsverkehr (Alexanderplatz, Regierungsviertel, Spandau Mitte) sowie um Wohnquartiere (Marzahn Nord, Gropiusstadt, Charlottenburg Nord).

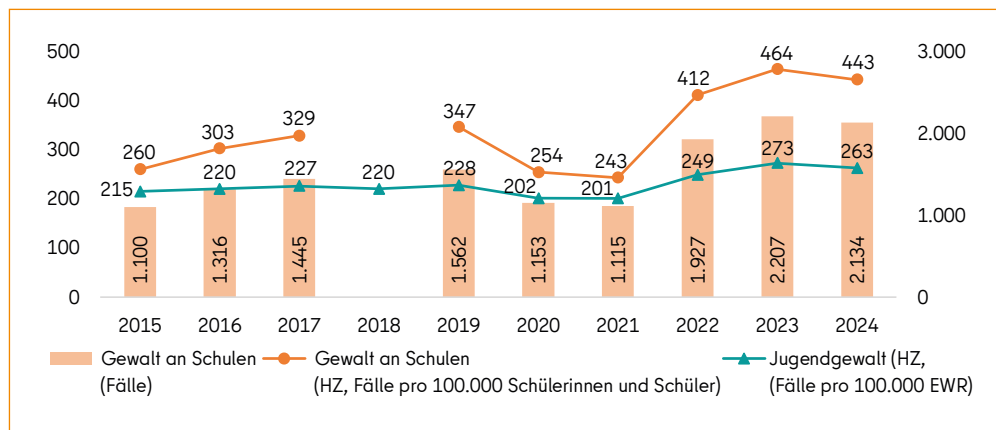
Abbildung 4: Belastung mit Jugendgewaltdelinquenz nach Bezirksregionen, Durchschnitt 2022 – 2024 (Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2025), eigene Berechnungen.

Gewalt an Schulen

Abbildung 5: Rohheitsdelikte am Tatort Schule mit Tatverdächtigen im Alter von 8 bis unter 21 Jahren (Fälle und Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025a), Daten der SenBJF (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie 2025), eigene Berechnungen.

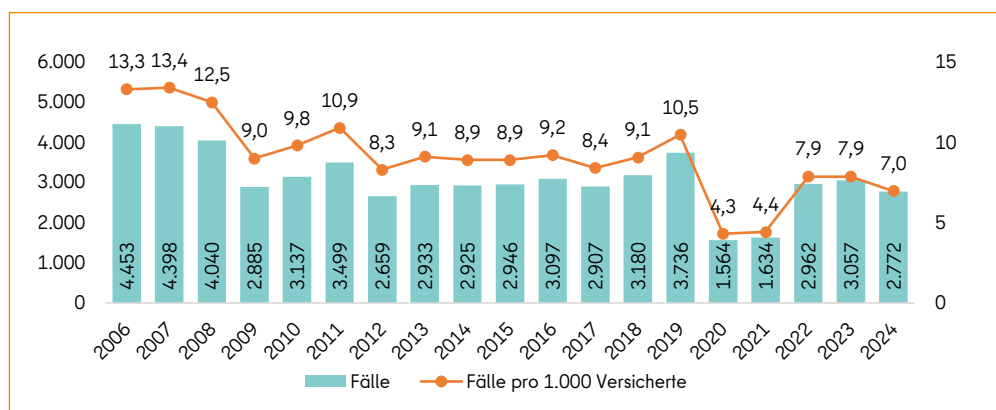
Jugendgewalt an Schulen steigt in Berlin – mit Ausnahme der Pandemie – langjährig und weitgehend kontinuierlich an. Die Trendentwicklung im Schulbereich ist damit deutlich dynamischer als in der Altersgruppe der Jugendlichen insgesamt. Aktuell setzt sich der Zuwachs allerdings nicht fort.

- Im Schulbereich zeigte sich im vergangenen Jahrzehnt ein weitgehend kontinuierlicher Trend ansteigender Jugendgewaltdelinquenz.
- Die Pandemiejahre 2020 und 2021 waren angesichts eingeschränkten Präsenzbetriebs von niedrigen Fallzahlen gekennzeichnet. Auch 2024 sank das Aufkommen von Gewalt an Schulen auf erhöhtem Niveau gegenüber dem Vorjahr erneut leicht.

Tatverdächtige von Jugendgewaltdelinquenz an Schulen sind überwiegend männlich.

- Tatverdächtige für Gewaltdelikte an Schulen sind in vier Fünfteln aller Fälle männlich. Nach der Pandemie ist der Anteil der Mädchen leicht gestiegen.

Abbildung 6: Gewaltbedingte Schülerunfälle an allgemeinbildenden Schulen in Berlin (Fälle und Häufigkeitszahlen)

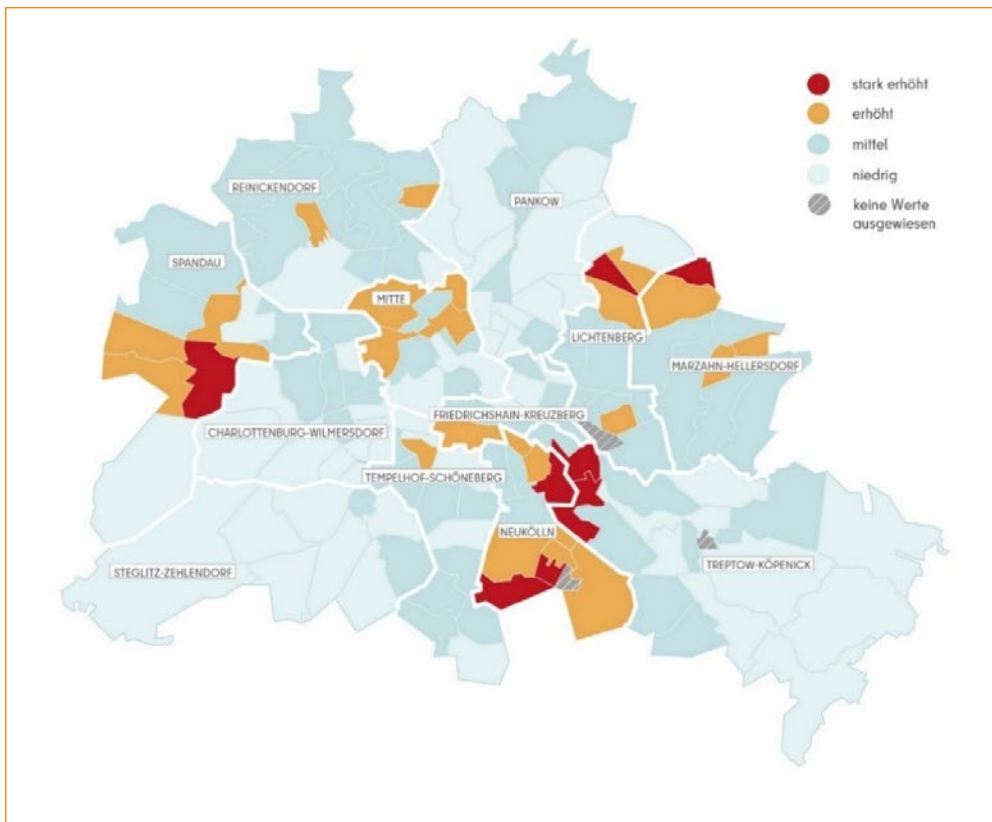


Datenquelle: Daten der DGUV (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)/Referat Statistik 2025), eigene Berechnungen.

Die Statistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu behandlungsbedürftigen gewaltbedingten Schülerunfällen zeigt im Unterschied zu polizeilichen Daten eine kontinuierlich rückläufige Entwicklung. Das weist auf besonderen Aufmerksamkeitsbedarf hinsichtlich niedrighschwelliger und nichtkörperlicher Gewalt hin – beispielsweise Mobbing oder digitale Gewalt.

- Gewaltbedingte Schülerunfälle entwickeln sich in der Langzeitbetrachtung seit 2006 stark rückläufig. Auch nach der Pandemie findet sich kein relevanter Anstieg der Fallzahlen.
- Werden die gestiegenen Schülerzahlen berücksichtigt, wird das rückläufige Aufkommen gewaltbedingter Schülerunfälle besonders deutlich. 2024 waren von 1.000 Schülerinnen und Schülern durchschnittlich 7,0 in Form behandlungsbedürftiger Verletzungen betroffen. Das ist der niedrigste Wert der vergangenen 20 Jahre.
- Die rückläufige Entwicklung gewaltbedingter Schülerunfälle ist in Berlin und im Bundesgebiet nahezu identisch. Gegenüber der deutlich höheren Belastung vor mehr als zwei Jahrzehnten fällt der Rückgang in Berlin in der Langzeitbetrachtung noch deutlicher aus.
- Grundschulkinder im Alter von 5 bis unter 10 Jahren sind in Berlin merklich häufiger von gewaltbedingten Schülerunfällen betroffen als im Bundesgebiet.
- Körperbezogene Verletzungen spielen in der Statistik der Unfallversicherung eine zentrale Rolle. Daher lassen sich ihre rückläufigen Trends nicht auf alle Gewaltphänomene verallgemeinern. Psychische und verbale Gewalt, Mobbing und digitale Übergriffe sind nicht inbegriffen. Im Blick auf diese Phänomene besteht erhöhter Aufmerksamkeitsbedarf.

Abbildung 7: Belastung mit Gewalt an Schulen nach Bezirksregionen, Durchschnitt 2022-2024 (Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2025), eigene Berechnungen.

Missbrauch von Minderjährigen und Kindeswohlgefährdung

Misshandlungen von Minderjährigen nehmen 2024 erstmals wieder zu. Demgegenüber steigen Kindeswohlgefährdungen und sexueller Missbrauch bereits seit einigen Jahren stetig an. Entwicklungstrends sind insofern nicht eindeutig.

- Nach Rückgängen in den vergangenen Jahren verzeichnet das polizeiliche Hellfeld 2024 für Misshandlungen von Kindern und Schutzbefohlenen wieder eine Zunahme. Berliner Jugendämter verzeichnen von 2017 bis 2022 einen kontinuierlichen Anstieg von Kindeswohlgefährdungen.
- Die Deliktskategorie „Sexueller Missbrauch“ steigt unabhängig von gesellschaftlichen Ereignissen im Hellfeld stetig an. Eine mögliche Erklärung ist die gesteigerte Aufmerksamkeit für das Phänomen Cybergrooming. Das Deliktsfeld sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige steht auch im Fokus einer intensiven Ermittlungstätigkeit.

Kindeswohlgefährdung zeigt sich am häufigsten als Vernachlässigung im familiären Kontext.

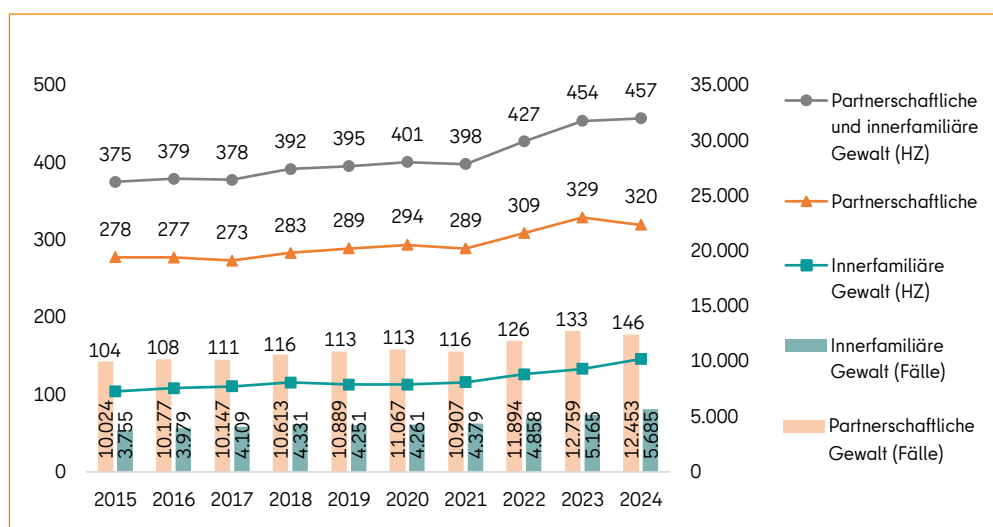
- Kindeswohlgefährdungen finden am häufigsten im familiären Kontext oder privaten Haushalt statt. Im Geschlechtervergleich sind in dieser Wohnkonstellation männliche Kinder und weibliche Jugendliche jeweils etwas stärker betroffen.
- Am häufigsten wird in Berlin die Form der Vernachlässigung erfasst. Seltener stellen Berliner Jugendämter sexuelle Gewalt fest. Mit Blick auf die gefährdungsausübende Person zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede bei den Erscheinungsformen von Kindeswohlgefährdung.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen

Partnerschaftsgewalt und innerfamiliäre Gewalt liegt derzeit auf einem Zehnjahreshoch.

- Seit 2021 steigt die Häufigkeitszahl bei partnerschaftlicher und innerfamiliärer Gewalt deutlich an. Sie liegt derzeit auf einem Zehnjahreshoch. 31- bis unter 41-jährige weibliche Personen sind am häufigsten von partnerschaftlicher und innerfamiliärer Gewalt betroffen. Das ist insbesondere auf Anstiege im Bereich innerfamiliärer Gewalt zurückzuführen.
- Bedrohung, Nachstellung (Stalking) und Nötigung betrifft bei Partnerschaftsgewalt in fast 90 Prozent der Fälle weibliche Personen. Übergriffe im digitalen Raum spielen im Hellfeld noch eine nachrangige Rolle.

Abbildung 8: Entwicklung von partnerschaftlicher und innerfamiliärer Gewalt (Fälle und Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025a), Daten des Amts für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2025), eigene Berechnungen.

Partnerschaftsgewalt beschränkt sich nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Regionen. In einigen Regionen besteht jedoch ein deutlich erhöhter Aufmerksamkeitsbedarf.

- Bestimmte Regionen der Stadt weisen eine überdurchschnittliche Belastung mit partnerschaftlicher und innerfamiliärer Gewalt auf. Dies kann als Hinweis auf erhöhten Aufmerksamkeits- und Präventionsbedarf verstanden werden. Bezirke mit überdurchschnittlicher Belastung von partnerschaftlicher/innerfamiliärer Gewalt sind Spandau, Mitte, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln und Reinickendorf. Auf Ebene der Bezirksregionen zeigt sich eine stark erhöhte Belastung in den Bezirksregionen Osloer Straße, Hellersdorf Nord und Köllnische Heide.

Schutz- und Beratungsangebote für gewaltbetroffene Frauen verzeichnen eine wachsende Inanspruchnahme. Insbesondere Beratungsangebote werden von betroffenen Frauen verstärkt wahrgenommen.

- Zunehmende Fallzahlen werden auch mit Blick auf die Inanspruchnahme von Schutz- und Beratungsangeboten bei häuslicher Gewalt beobachtet. Beratungsstellen verzeichnen 2024 eine gestiegene Inanspruchnahme insbesondere durch betroffene Frauen.
- Das Angebot an Schutzplätzen für gewaltbetroffene Frauen in Berlin ist zuletzt ausgebaut worden. Gemessen an Bedarfskalkulationen auf Grundlage der Istanbul-Konvention bestehen jedoch weiterhin Fehlbedarfe. Daher ist ein weiterer Ausbau geboten.
- Auch Verstöße nach § 4 GewSchG erreichten 2024 einen Höchststand.

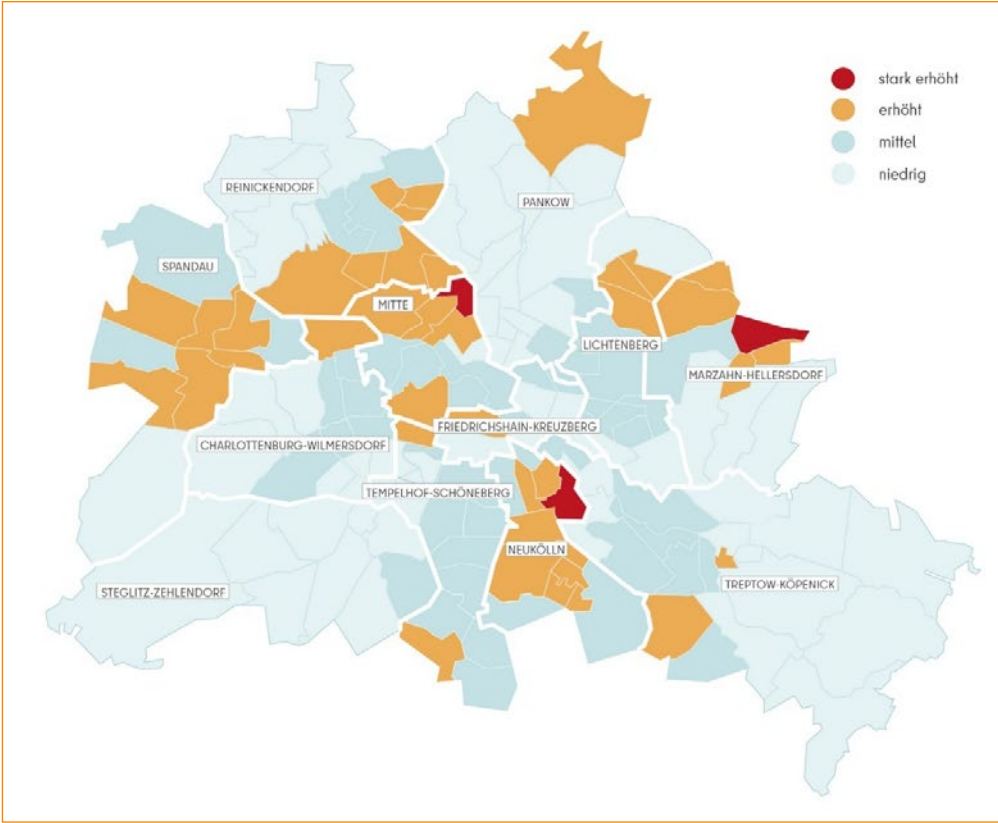
Frauenfeindliche Taten können neben der Allgemeinkriminalität mittlerweile auch als vorurteils-motivierte Hasskriminalität erfasst werden. Frauenfeindliche Hasskriminalität äußert sich überwiegend in Form von Beleidigungen und im digitalen Raum.

- Berlin leistet einen besonders großen Beitrag zur Erfassung frauenfeindlicher Hasskriminalität. Überwiegend tritt frauenfeindliche Hasskriminalität in Berlin in Form von Beleidigungen (insgesamt: 63,6 Prozent) und im digitalen Raum auf.
- Am häufigsten wird Frauenfeindlichkeit dem Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung- (2024: 46,3 Prozent) und PMK -rechts- (2024: 38,1 Prozent) zugeordnet.

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen erreicht 2024 einen Höchstwert und hat einen Schwerpunkt in Innenstadtbezirken.

- Reformen des Sexualstrafrechts sind Treiber der steigenden Häufigkeitszahlen von Sexualdelikten. Nach kontinuierlichen Anstiegen ab 2021 erreichten die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung 2024 erneut einen Höchstwert.
- Hinsichtlich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind die stadtweiten Unterschiede groß: Hoch ist die Belastung in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg.

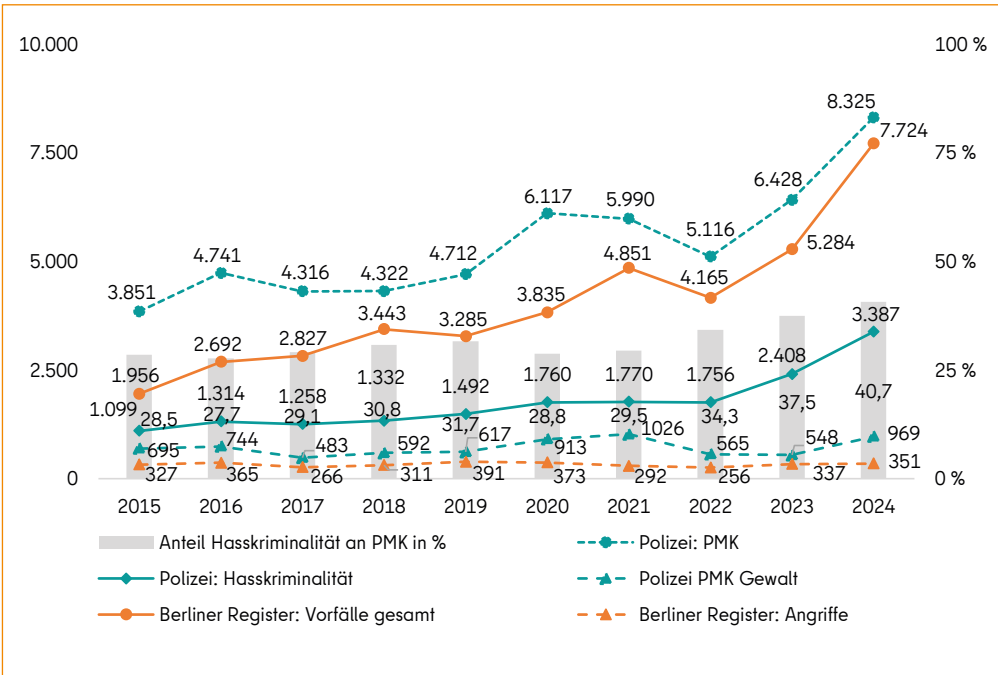
Abbildung 9: Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt nach Bezirksregionen, Durchschnitt 2022 -2024 (Häufigkeitszahlen)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025a), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2025), eigene Berechnungen.

Politisch motivierte Kriminalität und Hassgewalt

Abbildung 10: Politisch motivierte Kriminalität und Hasskriminalität (Polizei) sowie diskriminierende Vorfälle und Angriffe (Berliner Register) (Fälle)



Datenquelle: Polizeiliche Daten (Polizei Berlin 2025b), Daten der Registerstellen (Berliner Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin 2025), eigene Berechnungen.

Hasskriminalität bildet einen erheblichen Teil politisch motivierter Kriminalität. Sie zeigt in besonderem Maß Gefährdungen eines pluralen demokratischen Zusammenlebens an.

- Das Fallaufkommen im Themenfeld Hasskriminalität steigt derzeit sehr stark an. Die mit Abstand meisten Fälle von Hasskriminalität sind rechtsmotiviert.
- Der Anteil von Hasskriminalität an der gesamten Politisch motivierten Kriminalität ist stark angestiegen auf mittlerweile 40,7 Prozent. Politisch motivierte Delikte richten sich also zunehmend gezielt gegen vulnerable Gruppen. Eine sehr ähnliche Trendentwicklung zeigen auch die zivilgesellschaftlichen Daten der Registerstellen zu diskriminierenden und extrem rechten Vorfällen.
- Das Muster der Hasskriminalität hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach verändert – etwa im Kontext der COVID-19-Pandemie. Zuletzt haben der Hamas-Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 und der folgende Krieg im Gaza-Streifen auch in Berlin erhebliche Auswirkungen entfaltet.

Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit sind besonders stark verbreitete Themenbereiche der Hasskriminalität.

- Antisemitismus hat im polizeilichen Hellfeld zuletzt stark zugenommen. Es erfordert weitergehende Beobachtung, ob das hohe Niveau antisemitischer Hasskriminalität auch nach einem zukünftigen Ende des Gaza-Krieges anhält. Bei der Polizei werden vor allem antisemitische Äußerungsdelikte häufig angezeigt, beispielsweise antisemitische Propaganda oder Hassrede.
- Im umfangreichen Feld queerfeindlicher Hasskriminalität wurde die polizeiliche Erfassung qualitativ weiterentwickelt. Auch bei queerfeindlicher Hasskriminalität finden sich in den vergangenen Jahren starke und sehr kontinuierliche Anstiege. Zivilgesellschaft und Polizei sind sich in der Diagnose wachsender Queerfeindlichkeit sehr einig. In jüngster Zeit nehmen die Anzeigen oder Meldungen – im Unterschied zur Wahrnehmung der Communitys – aber nicht weiter zu.
- Rassismus ist neben Antisemitismus und Queerfeindlichkeit ein besonders umfangreicher Bereich der Hasskriminalität. Das Aufkommen rassistischer Vorfälle ist relativ konstant und weniger ereignisabhängig. Die Zivilgesellschaft hat Rassismus bereits seit vielen Jahren im Fokus und erfasst hier ununterbrochen hohe Fallzahlen. Die Polizei erfasst dagegen erst seit 2019 Fallzahlen in relevanter Höhe. Entwicklungspotenziale hinsichtlich staatlicher Ansprechstrukturen und Fallerfassungen sollten auch in diesem Themenfeld verstärkt ausgeschöpft werden.
- In einigen Themenbereichen der Hasskriminalität wie Antiziganismus oder Behindertenfeindlichkeit kann die polizeiliche Statistik angesichts weniger angezeigter Fälle bisher nur wenig zu einem aussagekräftigen Lagebild beitragen. Hier sind andere Dokumentationsverfahren erforderlich – insbesondere aus der Zivilgesellschaft.

Zuwächse von Fällen im digitalen Raum sind eine zentrale Ursache für die insgesamt steigenden Fallzahlen politisch motivierter Delikte.

- Im digitalen Raum dominieren angesichts fehlender physischer Begegnungen Äußerungsdelikte wie Beleidigungen und Verleumdungen, Propaganda oder Volksverhetzung.
- Die Polizei berichtet seit Einführung diesbezüglich bundesweit einheitlicher Auswertungskriterien im Jahr 2019 erhebliche und steigende Fallzahlen im digitalen Raum. In den letzten Jahren sind insbesondere diese Delikte mitursächlich für die insgesamt ansteigende Hasskriminalität. Die Verfolgung von politisch motivierten Taten im digitalen Raum gewinnt insofern an Bedeutung.

- Taten im digitalen Raum gehen ganz überwiegend auf rechte Akteure zurück, zudem auf Motivlagen mit sonstiger Zuordnung.
- Fälle im digitalen Raum werden bisher noch in hohem Maße von institutionellen Akteuren angezeigt. Feststellorte sind insbesondere in Tempelhof (LKA) und Mitte (unter anderem Regierungsviertel).

Politisch motivierte Kriminalität erreicht derzeit Höchstwerte. Nur bei einem Teil der Politisch motivierten Kriminalität handelt es sich im polizeilichen Sinn um Gewaltdelikte.

- Politisch motivierte Äußerungsdelikte und Propaganda steigen stärker an als Gewaltdelikte. Jeder zehnte Fall politisch motivierter Kriminalität wird polizeilich als Gewaltdelikt bewertet.

Die einzelnen Phänomenbereiche Politisch motivierter Kriminalität unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Dynamik deutlich voneinander.

- Fälle aus dem Phänomenbereich -rechts- waren im zurückliegenden Jahrzehnt ausnahmslos am weitesten verbreitet. Sie zeigen im Jahresverlauf auch einen nahezu ungebrochenen Wachstumstrend.
- Im Zuge der Coronapandemie haben Fälle jenseits des Links-rechts-Spektrums stark zugenommen („sonstige Zuordnung“).
- Die Fallzahlen aus dem linken Spektrum sind in den letzten Jahren stark gesunken.
- Fallzahlen aus den Phänomenbereichen ausländischer Ideologie und religiöser Ideologie waren lange wenig verbreitet, haben aber zuletzt stark zugenommen. In den Zuwächsen der Phänomenbereiche ausländischer und religiöser Ideologie spiegeln sich Mobilisierungen anlässlich von Hamas-Terror und Gaza-Krieg.

Die Fallzahlen Politisch motivierter Kriminalität sind in der inneren Stadt deutlich höher als in den äußeren Bezirken.

- Fälle aus dem Phänomenbereich -rechts- sind im ganzen Stadtgebiet in vergleichbarem Ausmaß vertreten, in der äußeren Stadt aber anteilig dominant.
- Fälle aus dem Phänomenbereich ausländischer Ideologie konzentrieren sich stark in der inneren Stadt.

Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Die individuelle Gewaltbelastung von Polizeivollzugskräften ist in Berlin mit derjenigen im Bundesgebiet vergleichbar. Jede dritte Person ist jährlich derzeit mit Gewalttaten im polizeilichen Sinn konfrontiert.

- Etwa jede dritte bei der Berliner Polizei beschäftigte Person war im Jahr 2023 von einer Gewalttat betroffen. In den Jahren 2018 und 2019 lag dieser Anteil hingegen bei einem Viertel.
- Infolge der reformierten Widerstandsstraftatbestände wird ein Rückgang der vorsätzlichen einfachen Körperverletzungen zugunsten des nunmehr eigenständigen Straftatbestands des „tätlichen Angriffs“ verzeichnet. Seit 2021 zeigen jährlich ca. 20 Prozent der Berliner Polizeivollzugskräfte eine Widerstandshandlung an.
- Im Langzeitverlauf werden Polizeivollzugskräfte inzwischen deutlich seltener Opfer einer gefährlichen Körperverletzung. Aktuell betrifft das jährlich ungefähr 1 Prozent der Polizistinnen und Polizisten.

Etwa 70–75 Prozent der Gewalttaten gegen Polizeivollzugskräfte ereignen sich im alltäglichen Dienstgeschehen. Bei den restlichen 25–30 Prozent handelt es sich um Einsatzanlässe im Kontext von Großereignissen.

- Im Blick auf Prävention von Gewalt gegen Einsatzkräfte verdienen unterschiedliche soziale Belastungen des polizeilichen Gegenübers Aufmerksamkeit. Im alltäglichen Dienstgeschehen erschweren beispielsweise psychosoziale Belastungen von Menschen die Einsatzsituation. Spezialisierte Einsatztrainings zum Umgang mit psychisch auffälligen Menschen sind daher ein einschlägiger Präventionsansatz, gegebenenfalls auch im Blick auf Substanzkonsum.

Gewalttaten gegenüber Beschäftigten der Berliner Feuerwehr sowie der Rettungsdienste werden organisationsintern verstärkt in den Blick genommen. In Meldesystemen und polizeilichen Hellfeld werden im Vergleich zu Polizeikräften deutlich weniger Fälle erfasst.

- Durch das interne Meldeportal der Berliner Feuerwehr werden jährlich etwa 157 Gewaltmeldungen erfasst. Starke Schwankungen hinsichtlich der registrierten Gewaltmeldungen deuten auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Meldeverhalten und proaktiver Ansprache von Betroffenen hin. Das Meldeverfahren wird bereits grundlegend überarbeitet.
- Im polizeilichen Hellfeld liegt die Gewaltbelastung von Einsatzkräften der Berliner Feuerwehr bei ungefähr 6 Prozent. Geringere Fallzahlen im Hellfeld werden auch mit einem anderen Anzeigeverhalten der Berufsgruppe erklärt.
- Beleidigungen und Angriffe werden zu fast gleichen Teilen als Deliktskategorien erfasst. Am häufigsten geht Gewalt gegen Feuerwehr- und Rettungskräfte von Patientinnen und Patienten aus, die unter psychischen Erkrankungen leiden oder unter Substanzmitteleinfluss stehen. Der Einsatz von Pyrotechnik und gefährlichen Gegenständen ist bei der Gewalt gegen Feuerwehkräfte eine Ausnahmesituation.

Die polizeiliche Erfassung zur Gewalt gegen schulisches Personal beschränkt sich derzeit auf Lehrkräfte. Gewalt gegen andere Berufsgruppen an Schulen wird nicht erfasst.

- Im Gefolge der Covid-19-Pandemie wird Gewalt gegen Lehrkräfte verstärkt polizeilich angezeigt. 2024 ist mit Blick auf die Jahre seit 2019 daher mit 283 Fällen ein Höchstwert verzeichnet worden. Bei gut der Hälfte der angezeigten Gewalttaten gegen Lehrkräfte handelt es sich um Körperverletzungen (2024: 149 Fälle).

In Berlin ist die statistische Datenlage zur Gewaltbelastung von Beschäftigten in den Bereichen insbesondere dort ausbaufähig, wo bisher wenig mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit bestand.

- Eine hohe Gewaltbelastung ist im Berliner Justizvollzug anzunehmen, dort werden seit 2018 ausschließlich Körperverletzungsdelikte dokumentiert.
- Eine hohe Gewaltbelastung ist zudem bei Ordnungs- und Veterinärämtern zu erwarten. Die Dokumentation erfolgt in den Berliner Bezirken bisher kaum standardisiert und erlaubt daher keine verlässliche statistische Auswertung.

Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ist von Politik und Beschäftigtenvertretungen zuletzt verstärkt in den Blick gerückt worden. Die Evidenz- und Datenlagen hinsichtlich ihrer Entwicklung und Erscheinungsformen ist allerdings fragmentarisch und lückenhaft. Neben der Schaffung weiterer Meldeverfahren verdient die Qualitätsentwicklung bestehender bereichsspezifischer Verfahren sowie die Generierung wissenschaftsbasierter Evidenzen Aufmerksamkeit.

- Eine berlinweite Meldestruktur sollte bestehende Meldesysteme integrieren und zur Qualitätsentwicklung dieser Meldesysteme beitragen. Außerdem sollte diese möglichst niedrigschwellig zugänglich sein. Eine Meldestelle sollte so angebunden sein, dass die Perspektiven aller Fachverwaltungen und Arbeitsbereiche gut einbezogen werden können.
- Zur Kontextualisierung von Meldedaten sollte die Umsetzung einer wissenschaftlich fundierten Baseline-Studie geprüft werden. Eine Meldestelle sollte auch bestehende Präventionsmaßnahmen in den Blick nehmen und Impulse für die landesweite Präventions- und Anti-Gewalt-Arbeit entwickeln.

Verzeichnisse

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1:** Entwicklung von Rohheitsdelikten mit Tatverdächtigen aller Altersgruppen (Fälle und Häufigkeitszahlen) **6**
- Abbildung 2:** Gewaltbelastung in Berlin nach Bezirksregionen, Durchschnitt 2022-2024 (Häufigkeitszahlen) **7**
- Abbildung 3:** Entwicklung von Rohheitsdelikten mit Tatverdächtigen im Alter von 8 bis unter 21 Jahren (Fälle und Häufigkeitszahlen) **8**
- Abbildung 4:** Belastung mit Jugendgewaltdelinquenz nach Bezirksregionen, Durchschnitt 2022 - 2024 (Häufigkeitszahlen) **9**
- Abbildung 5:** Rohheitsdelikte am Tatort Schule mit Tatverdächtigen im Alter von 8 bis unter 21 Jahren (Fälle und Häufigkeitszahlen) **10**
- Abbildung 6:** Gewaltbedingte Schülerunfälle an allgemeinbildenden Schulen in Berlin (Fälle und Häufigkeitszahlen) **10**
- Abbildung 7:** Belastung mit Gewalt an Schulen nach Bezirksregionen, Durchschnitt 2022-2024 (Häufigkeitszahlen) **11**
- Abbildung 8:** Entwicklung von partnerschaftlicher und innerfamiliärer Gewalt (Fälle und Häufigkeitszahlen) **12**
- Abbildung 9:** Belastung mit innerfamiliärer und partnerschaftlicher Gewalt nach Bezirksregionen, Durchschnitt 2022 - 2024 (Häufigkeitszahlen) **14**
- Abbildung 10:** Politisch motivierte Kriminalität und Hasskriminalität (Polizei) sowie diskriminierende Vorfälle und Angriffe (Berliner Register) (Fälle) **14**

Datenquellenverzeichnis

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): Daten der Einwohnerregisterstatistik. Stichtag jeweils 31.12.

Berliner Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin (2025): Vorfallsstatistik der Berliner Register 2014 bis 2024 (unveröffentlichter Datensatz). Bereitstellung am 15.04.2025. Berlin.

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)/Referat Statistik (2025): Meldepflichtige Schülerunfälle an allgemeinbildenden Schulen in Berlin und bundesweit: Berichtsjahre 2014 bis 2023. Stichtag 6. Mai 2025. Berlin.

Polizei Berlin (2025a): Daten der polizeilichen Verlaufsstatistik 2015 bis 2024. Unveröffentlichte Statistiken mit unterschiedlichen Stichtagen. Zulieferung durch das LKA Berlin erfolgt am 19.06., vom 24.06. bis 26.06. und am 30.06.2025. Berlin.

Polizei Berlin (2025b): Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt in Berlin. Unveröffentlichte Statistiken auf Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Zulieferung erfolgt am 23.06.2025. Berlin.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (2025): Eckdaten aus der den IST-Statistiken für berufliche Schulen und den Klassenstatistiken für allgemeinbildende Schulen in den Schuljahren 2023/24 und 2024/25. Unveröffentlichte Statistik bereitgestellt am 07. bis 09.07.2025 durch SenBJF - I C 6. Berlin.

